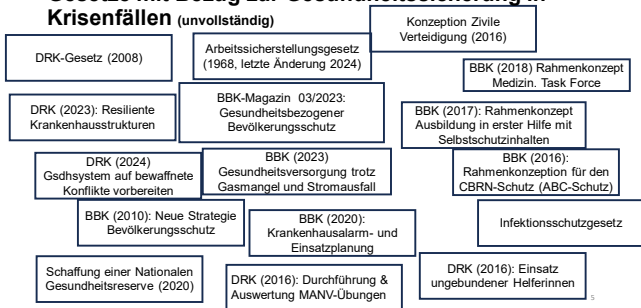


Aber:

Wir wissen

1. etwas über die Probleme aus dem geplanten Gesundheitssicherstellungsgesetz 1980 (s. insbes. Pfeiffer & Stratmann 1981) **und**
2. aus den aktuell bereits vorhandenen Gesetzen, Verordnungen, Handreichungen auf Bundes- und Länderebene

Handreichungen, Verordnungen, Konzepte und Gesetze mit Bezug zur Gesundheitssicherung in Krisenfällen (unvollständig)



Das GesSG ist ein Notstandsgesetz

- Notstandsgesetze sollen die Handlungsfähigkeit der Regierung in Krisensituationen sichern
- Notstandsgesetze heben Grundrechte auf.**
- Notstandsgesetze ermöglichen den Einsatz der Streitkräfte im Inneren (s. Art. 35 GG, Art 87a(4) GG**
- Notstandsgesetze gelten nur im Krisen- oder Ausnahmezustand (**innerer** oder **äußerer** Notstand)
- ABER:** Die Strukturen die im Krisenfall aktiviert werden sollen, müssen bereits VOR dem Notstand eingerichtet werden und Abläufe müssen geplant und eingeübt werden

Prognostizierte Probleme im Krisen- / Katastrophenfall

1. **Personalmangel (insbes. Pflegepersonal)** infolge krieger. Handlungen, Katastrophen usw.
2. **Zu wenig Krankenhausbetten für einen Massenansturm von Verletzten und zur Versorgung von Militärangehörigen** (inkl. mangelnde Anzahl an Spezialbehandlungseinrichtungen)
3. **Fehlende Medizinische Geräte und Verbrauchsmaterialien** (AM, Verbandstoffe, Desinfektionsmittel, aber auch Bettwäsche, Handtücher ...)
4. **Fehlendes Fachwissen in Behandlung** Kriegsverletzungen
5. **Fehlende Koordinierungsstrukturen, ungeklärte Zuständigkeiten**
6. **Fehlende Behandlungskonzepte vor Ort** (Verletzensammelstellen, Behandlungsplätze, mobile Notfalldepos, Sichtungskriterien etc.)
7. **fehlende Selbsthilfekapazitäten, Kenntnisse in Erster Hilfe in der Bevölkerung**

Quellen: u.a. BfK 2010, S. 39, Pfeiffer & Stratmann 1981

Lösungen

1. Personalmangel

Im Kriegsfall

- ärztliches, therapeutisches und pflegerisches Personal kann dienstverpflichtet werden (s.a. ASG §2)
- Verlängerung der Dienstzeiten des Personals (Pfeiffer & Stratmann, 1981, ArbZG §15 Absatz 2 und 3)
- Ersatz qualifizierten medizinischen Personals durch Hilfspersonal (an- und ungelernetes pflegerisches Personal (s. DRK-Gesetz, DRK 2924)
- Dienstverpflichtung auch fachfremder Personen (ASG §2)

Im „Normalfall“

- Keine Maßnahmen zur Vergrößerung der Personaldecke im Normalbetrieb
- Registrierung des medizinisch ausgebildeten Personals (auch wenn nicht mehr tätig)
- Ausbau des Hilfspersonals (WB zu Pflegehelfern) und Verlagerung der Verantwortung in die Selbsthilfe (WB in Selbsthilfe / Erster Hilfe, s. Rahmenkonzept)

Lösungen

2. Bettenkapazitäten

Im Kriegsfall

- Vorzeitige Entlassung stationärer Patienten (die dann ambulant weiterbetreut werden sollen ...)
- Selektion der Patienten durch Sichtungskomitees vor den Krankenhäusern (s. z.B. Rahmenkonzept Medizin, Task Force des BfK 2018, S.16)
- Nutzung von Nebenräumen und Fluren zur Unterbringung von Patienten
- Zweckentfremdung von Pflege- und Behinderteneinrichtungen u.a. als Hilfskrankenhäuser (Pfeiffer & Stratmann, 1981)
- Wieder-Inbetriebnahme zuvor stillgelegter Krankenhäuser (?)

Im „Normalfall“

- Zentralisierung der stationären Angebote (Spezialkliniken statt Basisversorgung) - erleichtert im Krisenfall z.B. die Zuweisung von Verletzten
- Krankenhausschließungen (unter Erhalt der Gebäude und Einrichtung) – ermöglichen im Krisenfall rasche Erhöhung der Bettenkapazitäten

Lösungen

Material, Geräte, Fachwissen ...


Im Kriegsfall

- Fehlendes Verbrauchsmaterial
- Fehlendes Fachwissen
- Fehlende Koordination zw. Institutionen aber auch Bund und Ländern

Im „Normalfall“

- Schaffung einer Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (BR 2021)
- Verpflichtende Weiterbildungen für Ärzte in Kriegs- und Katastrophenmedizin (Peifer & Stratmann 1981)
- Behandlung Kriegsverletzter auch aus nicht-verbündeten Ländern (ca. 1.000 ukrainische Soldaten behandelt)
- Übungen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit (z.B. LUKEX)
- Schaffung von Krisenstäben (einrichtungsintern und -übergreifend sowie zwischen Zivil- und Katastrophenschutz + BW)

Was bedeutet das für uns?

- ❑ Mittelverschiebung auf Krisenvorsorge und damit Geld- und Ressourcenmangel in der akuten Gesundheitsversorgung 
- ❑ Reduzierung des „Angebots“ in der Regelversorgung
- ❑ Erhöhte Sterblichkeit in Notfällen (durch längere Wege, längere Wartezeiten, schwerere Erreichbarkeit ...)
- ❑ Stagnation der Weiterentwicklung medizin. und pfleger. Prozeduren für „zivile“ und nicht-infektiöse Erkrankungen
- ❑ Schlechter werdende Betreuung und damit schlechtere Prognosen, verzögerte Heilung ... (der aktuelle Pflegekräftemangel wird in keiner Weise adressiert)

Insgesamt: Eine dramatische Unterversorgung die sich auf Lebenserwartung, Genesungswahrscheinlichkeit, Lebensqualität usw. negativ auswirken wird

11

Folien abrufbar



Zur Diskussion:

- ❑ Was glaubt Ihr, warum gab es in den 80er Jahren Widerstand gegen das geplante GesSG und heute nicht?
- ❑ Welchen Zusammenhang seht Ihr zwischen dem GesSG und anderen aktuellen Entwicklungen? (Einschränkung der Meinungsfreiheit, Beschränkung des Streikrechts zum Schutz der kritischen Infrastruktur, Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Gesundheitsversorgung, EU-Gesundheitspolitik, WHO Pandemieplan / IHR, Bargeldabschaffung ...)
- ❑ weitere / Eure Fragen ...

12

Literatur (verwendete und weiterführende)

Auswärtiges Amt (Hg.) (2023): Nationale Sicherheitsstrategie. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d3036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2024.

BBK - Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hg.) (2010): Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland. 2. Aufl. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/WFWF-04-neue-strategie-bevrsch.pdf?__blob=publicationFile&v=5

BBK - Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hg.) (2018) Rahmenkonzept Medizinische Task Force.

BBK - Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hg.) (2020): Handbuch Krankenhausalarm und -einsatzplanung (KAEP). Empfehlungen für die Praxis zur Erstellung eines individuellen Krankenhausalarm- und -einsatzplans. Online verfügbar unter <https://www.dahsp-active.de/contact/handbuch-kaep-download/>.

BBK - Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hg.) (2019): Rahmenkonzept Erste Hilfe mit Selbstschutzhinhalten. https://www.ehah-drk.de/fileadmin/Bilder_und_Videos/Infoseite_EHSH-DRK/ehah/Dokumente/Rahmenkonzept_Ausbildung_in_Erster_Hilfe_mit_Selbstschutzhinhalten.pdf

BBK - Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hg.) (2021): Betreuung im Zivilschutz. Konzeptstudie. Online verfügbar unter https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Betreuungsdienst/Pilotprojekt-Labor-Betreuung-5000/Projektdateien-und-Downloads/konzeptstudie.pdf?__blob=publicationFile&v=6, zuletzt geprüft am 26.04.2024.

13

Literatur (verwendete und weiterführende)

BBK - Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und Deutsche Arbeitsgemeinschaft Krankenhaus Einsatzplanung (DAKEP) (Hg.) (2023): Krisenvorsorge im Krankenhaus: Gesundheitsversorgung trotz Gasmangel und Stromausfall. Online verfügbar unter <https://www.dakep.de/res/pdf/gasmangel-stromausfall-krankenhaus.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2024

Beerheide, Rebecca; Haserück, André; Reichardt, Alina; Richter-Kuhlmann, Eva (2021): Dokumentation: Übersicht über die gesundheitspolitischen Passagen des Koalitionsvertrages. *Deutsches Ärzteblatt* 118 (48), A-2250-A2254.

BMG - Bundesministerium für Gesundheit (Hg.) (2016): Ausländische Beschäftigte im Gesundheitswesen nach Herkunftsländern. Unter Mitarbeit von Lisa Krämer, Sabrina Schmutz und Gwendolyn Huschik. München, Freiburg (123-4567). Online verfügbar unter https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/A/Auslaendische_Beschaeftigte/Bericht_Auslaendische_Fachkraefte_Gesundheitswesen.pdf, zuletzt geprüft am 26.04.2024.

BMI - Bundesministerium des Inneren (Hg.) (2016): Konzeption Zivile Verteidigung. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bevoelkerungsschutz/konzeption-zivile-verteidigung.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 26.04.2024.

DÄ – Deutsches Ärzteblatt (2023-09-23): Krankenhausreform: Erster Arbeitsentwurf zu Vorhaltpauschalen und Leistungsgruppen liegt vor. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/146175/Krankenhausreform-Erster-Arbeitsentwurf-zu-Vorhaltpauschalen-und-Leistungsgruppen-liegt-vor>

14

Literatur (verwendete und weiterführende)

DRK - Deutsches Rotes Kreuz (Hg.) (2023): Resiliente Krankenhausinfrastrukturen. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.dakep.de/res/pdf/RESIK-Schriftreihe-Sammelband-web.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2024

DRK – Deutsches Rotes Kreuz (Hg.) (2024): Das deutsche Gesundheitssystem auf bewaffnete Konflikte vorbereiten. Brennpunkt 04, S. 1-8.

Lau, Tobias (2024): Kritische Infrastruktur: Noch nicht ausreichend auf den Ernstfall vorbereitet. In: *Deutsches Ärzteblatt* 121 (7), A460 - A461.

Osterwald, Gustav (1979): Gesundheitsversicherungsgesetz überfällig. *Deutsches Ärzteblatt* (23), S. 1593–1594.


Pfeiffer, Robert; Stratmann, Wolfgang (1981): Notstandsgesetzgebung im Gesundheitswesen. In: *Organisierungen zur Gesundheit. Jahrbuch für kritische Medizin Band 7*. Berlin: Argument-Verlag, S. 43–55.

Steffens, Ursula; Gauchel-Petrovic, Daniela (2021): Die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) – widerstandsfähig gegen Krisen. *BBK Bevölkerungsschutz* 4 2021, S. 16-17.

15

Sicherstellungsgesetze der BRD (Notstandsgesetze)	
1956	Bundesleistungsgesetz (Gesetz zur Beschaffung von Naturalleistungen für die eigenen Streitkräfte im <u>Verteidigungsfall</u> , teilweise auch ohne Notstand einsetzbar, letzte Änderung: 2021)
1956	Schutzbereichsgesetz (letzte Änderung: 2015)
1957	Landbeschaffungsgesetz (letzte Änderung: 2020)
1965	Verkehrssicherstellungsgesetz (letzte Änderung: 2023)
1965	Ermährungssicherstellungsgesetz seit 2017: Ernährungssicherstellungs- und Vorsorgegesetz (letzte Änderung: 2020)
1965	Wassersicherstellungsgesetz (letzte Änderung: 2020)
1965	Wirtschaftssicherstellungsgesetz
1968	Arbeitssicherstellungsgesetz (letzte Änderung: 2024)
1973	Energiesicherungsgesetz (auch ohne Notstand anwendbar, letzte Änderung: 2022)
1994	Postsicherstellungsgesetz (letzte Änderung: 2021)
1997	Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe (letzte Änderung: 2020)
2000	Infektionsschutzgesetz (letzte Änderung: Dez. 2023)
2004	Verkehrsleistungsgesetz (letzte Änderung: 2016)
In Planung	Gesundheitssicherstellungsgesetz
In Planung	Gesetz zum Schutz der kritischen Infrastruktur (Umsetzung EU-Richtlinie 2022/2557, so gen. CER-Richtlinie)

Folien sind abrufbar unter:
 >www://hamburg-linksoffen.de< - Stichpunkt: Beiträge



17

